

IK-	KORR	<p>Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V.</p> <p>Postfach 790103, 13015 Berlin</p>	<p>2/2007</p> <p>April</p>
-----	------	---	----------------------------

Jour fixe im März 2007

Reformideen Walter Jankas, Wolfgang Harichs und Gleichgesinnter 1956 – Staatsverrat an der DDR ?

Anlaß zur Themenwahl gab, dass die mit Aburteilungen wegen Staatsverrats endenden Prozesse gegen Wolfgang Harich, Manfred Hertwig und Bernhard Steinberger sowie gegen Walter Janka, Gustav Just, Richard Wolf und Heinz Zöger exakt ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Die Gründe für Streben nach kritischer Reflexion liegen tiefer: Welche Erfahrungen können wir aus den Geschehnissen im spannungsgeladenen Jahre 1956 gewinnen, das durch Zeithistoriker zu den „Schicksalsjahren“ der DDR gezählt wird ? Dass diese Fragestellung nicht dem Hobby einiger an Geschichte Interessierter entspringt oder dem Bedürfnis „Ewiggestriger“ nach Rechtfertigung, machte der als Referent gewonnene Professor Siegfried Prokop in seiner Einleitung deutlich, indem er auf aktuelle Entwicklungen verwies, die Anlaß geben, von einem neuen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu sprechen. Als Geschichts-Optimisten von einer solchen Perspektive ausgehend zurückzublicken, macht uns unverstellte Rückschau leichter auf Unzulänglichkeiten des „autoritären Sozialismus“, den wir erlebten.

Die Darlegungen Professor Prokops ließen erkennen: einen Kompetenteren hätten wir nicht gewinnen können. Auf eigene akribische Archivstudien sowie Anhörungen von Zeitzeugen gestützt, zeichnete er ein farbiges Bild der Zeitumstände, der agierenden Kräfte und des Ablaufs der Ereignisse. Eindrucksvoll wurde deutlich, wie nach dem XX. Parteitag der KPdSU in der SED-Führung ein ganzer Komplex von Reform-Überlegungen entwickelt wurde, und wie als Wirkung der Ereignisse in Ungarn im Herbst 1956 die Rück-Wende erfolgte. Alle Reformansätze wurden als „reformistisch“ kriminalisiert aus Sorge, ein „zweites Ungarn“ könne heraufbeschworen werden. Im Juni 1956 war im Politbüro der Entwurf eines demokratischen Wahlgesetzes Tagesordnungspunkt, die 29. ZK-Tagung im Oktober 1956 beschloß, wieder Arbeiterräte in den Betrieben wählen zu lassen (die als Arbeiterkomitees bis 1958 bestanden), es gab intern harte Kritik durch Walter Ulbricht am MfS, am Generalstaatsanwalt und am Obersten Gericht. Der Entwurf einer Verordnung zur Abschaffung der Zensur wurden diskutiert – insgesamt Ansätze für ein demokratisches Aufblühen der DDR. Aber die DDR – von Osten besetzt, vom Westen belagert, wie Siegfried Prokop in Anlehnung an Friedrich Dieckmann die Lage charakterisierte – verfügte nur über enge Spielräume. Als es im November 1956 einerseits durch die imperialistische Aggression gegen Ägypten und andererseits durch das Eingreifen der Sowjetarmee in dem im Aufruhr begriffenen Ungarn (das provoziert wurde durch Erklärung der Regierung Nagy, aus dem Warschauer Pakt auszutreten sowie den postwendend sich abzeichnenden Griff der USA nach Ungarn) zu einer Weltkrise kam, sah die SED-Führung keinen Freiraum mehr für Schritte, die als Zeichen mangelnder Festigkeit der Staatsmacht hätten gedeutet werden können. Vor der Humboldt-Universität marschierten die Kampfgruppen auf. Die Debatten in Intellektuellen-Klubs (in Berlin der „Donnerstag-Kreis“ von Schriftstellern um Raddatz, der Kreis bildender Künstler mit Treffpunkt im Niquet-Keller, die „Gleichgesinnten“ um Janka, Just und Harich aus dem Aufbau-Verlag und aus der „Sonntag“-Redaktion, in Leipzig der „Bloch-Kreis“), denen die von der SED gezogenen Schlußfolgerungen aus dem XX. Parteitag der KPdSU nicht weit genug gingen, wurden nun nicht mehr als Reform-Überlegungen geduldet.

Jetzt wurden sie als staatsfeindliche Aktivitäten bewertet. Unter ständiger operativer Kontrolle des MfS hatten diese Zirkel ohnehin agiert, nun wurde die Vorlage genutzt, die Harich mit seiner Kontaktaufnahme zum SPD-Ostbüro und mit der schriftlichen Formulierung einer ausführlichen Konzeption einschneidender Veränderungen in der DDR lieferte. Mit Harichs Verhaftung wurde deutlich gemacht, dass die Grenzen des zu Duldenden überschritten waren.

Leider ist hier nicht genug Raum, viele gerade für unseren Kreis interessante Details wiederzugeben, die Siegfried Prokop recherchiert hat. Dazu gehören neue Erkenntnisse über nachrichtendienstliche

Verflechtungen eines Teils der damaligen Akteure und von Personen aus ihrem Umfeld. Sie führten z.B. dazu, dass wesentliche Informationen über Aktivitäten Harichs durch eine Quelle in Westberlin zum MfS gelangten. Dazu gehören auch Zeitzeugen-Aussagen, wonach es sich bei dem als Konzeption der Gruppe um Harich und Janka bekannten gewordenen Papier um einen durch Harich verfaßten *ersten Entwurf* handelte, dessen Diskussion ausstand und in den Harich brisante persönliche Ideen aufgenommen hatte, die zuvor in den Debatten keine Rolle gespielt hatten.

Professor Prokop wies darauf hin, dass einige Reformideen von 1956 später - in einer Periode des Stabilisierung der DDR in den sechziger Jahren - durch die SED-Führung wieder aufgegriffen wurden. Aber die Chance für einen Weg zu einem demokratischen Sozialismus in der DDR, die er für 1956 als gegeben ansieht, war dahin.

Daraus ergab sich einer der zentralen Diskussionspunkte: Wie weit waren die Reform-Überlegungen 1956 in der DDR realistisch? Zeitgleich mit den Einflüssen von außen wirkten auch gegensätzliche Kräfte im Innern. Es gab nicht nur die sog. reformistische Opposition intellektueller Kreise, sondern zugleich eine stalinistische Opposition innerhalb der SED mit Hanna Wolf, Hilde Benjamin und Paul Fröhlich als Exponenten. Damit erscheint Walter Ulbricht nicht als „Hardliner“, sondern als Protagonist von Realpolitik. Dass „Spiegel“-Herausgeber Augstein im November 1956 gegenüber Harich äußerte, Ulbricht müsse nicht gestürzt, sondern gestützt werden, deutet darauf hin, dass Analytiker im Westen dies erkannt hatten.

Fazit zu diesem Punkt: Garantie für Erfolg eines Reformkurses der SED konnte es sicher nicht geben, aber eine Chance – falls ernsthaft ergriffen – kann als damals gegeben gelten.

Der Einfluß der Ungarn-Ereignisse auf die Verläufe in der DDR führte zur Diskussion darüber, welchen Charakter diese Ereignisse hatten – Revolution, Konterrevolution oder etwas Drittes? Interessant die Parallele zur Ernennung des CIA-Generals Walters im Frühjahr 1989 zum US-Botschafter in der BRD, dass im September 1956 Botschafter der USA in Budapest der CIA-Spitzenmann Donovan wurde. Neu für viele von uns war der Fakt, dass die Sowjetarmee anfänglich auf der „falschen“ Seite in die Auseinandersetzungen eingriff. Offenbar war schwer erkennbar, wer warum und wofür gegen wen kämpfte. Selbst mit dem nun gegebenen Abstand findet auch die USAP bisher nicht zu einheitlicher Bewertung. Wie dem auch sei, die Auswirkungen auf die damaligen Entwicklungen in der DDR waren gravierend.

Aufgegriffen wurde in der Diskussion der Gedankengang Siegfried Prokops, die DDR-Geschichte im Lichte einer historischen Perspektive zu reflektieren, die einen neuen Aufschwung sozialistischer Bewegung einschließt. Dazu wurde Skepsis artikuliert, da die Idee durch das sowjetische Modell diskreditiert ist, jedoch auch Optimismus unter der Voraussetzung, uns Irrwege und deren Ursachen bewußt zu machen und daraus zu lernen. Zu diesen Erfahrungen gehört – positiv errungen in der kubanischen Revolution, negativ leider aus eigener Praxis in der DDR gewonnen – dass Sozialisten selbst ihre schärfsten Kritiker sein müssen (ohne – dies sei hinzugefügt – andere vom Recht auf Kritik ausschließen zu wollen).

Klaus Panster